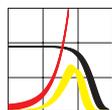


Max-Planck-Institut
für demografische Forschung



EDITORIAL

Vielfalt der Lebensentwürfe

„Kinder bekommen die Leute sowieso.“ Diese Aussage von Konrad Adenauer gehört heutzutage zu fast jeder Diskussion über die Bevölkerungsalterung in Deutschland. Gerne wird gesagt, dass sich der erste Kanzler der Nachkriegszeit in diesem Punkt geirrt hat. Doch wenn eine Hypothese als falsch verworfen wird, macht dies nicht automatisch Platz für aktuelles und fundiertes Wissen, sondern häufig für eine neue Legende: Kinder wollen die Leute immer, aber die Umstände erlauben es nicht, nur eingeschränkt oder zumindest nicht im Moment.

Diese „Umstände“ halten in Deutschland und Österreich schon seit über zwei Jahrzehnten an. Nun deutet eine neue Umfrage darauf hin, dass sich die Menschen an die Umstände und an weniger Kinder gewöhnt haben. Und nicht nur das, sie haben auch ihre Lebensplanung darauf eingerichtet. *Demografische Forschung Aus Erster Hand* geht der Frage nach, ob diese beiden Länder damit einen neuen Trend in Europa einleiten.

Überhaupt lohnt sich ein Blick auf Europa aus demografischer Perspektive. Im Trennungsverhalten von Paaren beispielsweise zeigen sich teils erhebliche Unterschiede in der zusammenwachsenden Union. Doch die beiden deutschsprachigen Länder weisen auch hier ein gemeinsames Muster auf. Dies wird auf Seite 4 dieser Ausgabe beleuchtet. Beide Artikel zeigen, dass es kein Einheitsbild „Familie in Europa“ gibt. Die Zahl der möglichen Modelle hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erhöht, und eben ein Wechsel zwischen Modellen ist für eine Person im Lebenslauf nicht ausgeschlossen.

Doch auch wenn sich die Paar- bzw. Familienprozesse im Leben eines Menschen mit teils hoher Dynamik abspielen mögen, so sind die Prozesse auf Bevölkerungsebene eher langsam: Es dauert, bis Trends (statistisch) fass- und damit sichtbar werden. Zeit vergeht, bis sich das Wissen um neue Entwicklungen unter Wissenschaftlern durchsetzt, und weitere Zeit brauchen Politiker, um sich auf veränderte Ausgangslagen einzustellen. Mehr über das Dilemma politischer Entscheidungsträger lesen Sie auf Seite 3 von *Demografische Forschung Aus Erster Hand*.

Nadja Milewski

Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei

Wandel der Normen in Österreich und Deutschland

Die Familie mit zwei Kindern hat sich seit Ende des Babybooms als normatives Leitbild in Europa durchgesetzt. Selbst in den vergangenen zwei Dekaden, da die Geburtenzahlen deutlich sanken, hielt sich diese Norm. Nun jedoch zeigt eine neue Eurobarometer-Umfrage, dass junge Österreicherinnen und Deutsche weniger Kinder für ideal halten.

In der Vergangenheit lag die persönlich als ideal angesehene Kinderzahl in fast allen Ländern Europas im Durchschnitt zwischen zwei und drei Kindern. Dieses Ideal war deutlich

höher als die Zahl der tatsächlich geborenen Kinder. Diese Diskrepanz zwischen dem hohen registrierten Ideal und der Realität wird von Regierungen als ein Ansatzpunkt gesehen, durch Familien- bzw. Frauenpolitik den Paaren zu helfen, ihre höheren Kinderwünsche auch zu verwirklichen. Manche Demografen werteten den anhaltend hohen Kinderwunsch auch als Hinweis darauf, dass die Geburtenzahlen früher oder später wieder steigen würden.

In der Stichprobenuntersuchung Eurobarometer, in der regelmäßig etwa 15.000 Personen in der Europäischen Union (EU) zu ihren Einstellungen befragt werden, ging es 2001 auch um Kinderwunsch und Kinderzahl.

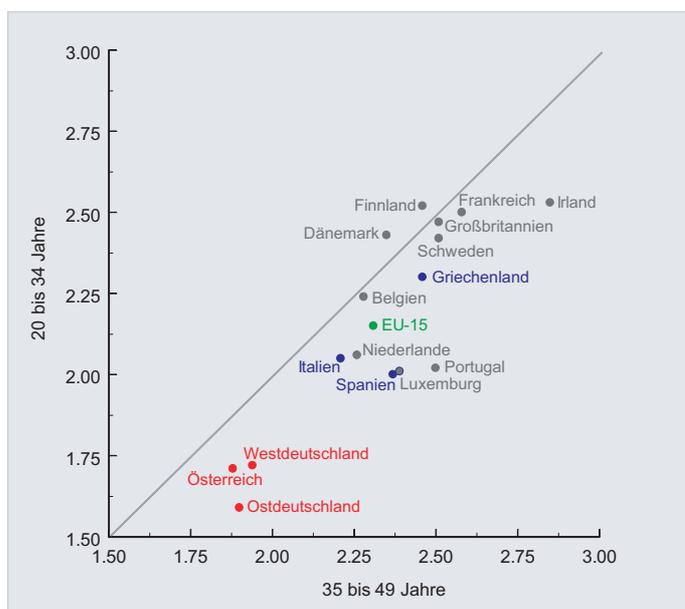


Abb. 1: Individuell als ideal angesehene Kinderzahl pro Familie, nach Frauen, Mittelwerte, nach Altersgruppe und Land aufgeschlüsselt. In allen Ländern, die unterhalb der grauen Geraden liegen, halten Frauen unter 35 Jahren weniger Kinder für ideal als ältere Frauen.

→ Frauen und Männer wurden danach gefragt, welche Kinderzahl sie für die Gesellschaft als ideal ansehen und welche ihrem persönlichen Ideal entspricht. Die Studie "The emergence of sub-replacement family size ideals in Europe" von Joshua Goldstein, Wolfgang Lutz und Maria Rita Testa zeigt, dass das persönliche Ideal in der Regel niedriger war als das gesellschaftliche Ideal. Die Befragten wünschen also, dass andere Menschen mehr Kinder haben sollen als sie selbst haben wollen. Somit sehen sie die Reproduktion als gesellschaftlich notwendig an, wollen sich selbst jedoch daran weniger beteiligen.

Die Daten zeigen auch, dass die persönlich ideale Kinderzahl in Deutschland und Österreich besonders bei jüngeren Frauen auf deutlich unter zwei Kinder gesunken ist. Mit ihren niedrigen Idealvorstellungen sind Frauen im deutschen Sprachraum eine Ausnahme in Europa. Während Frauen aller Altersklassen in den meisten europäischen Ländern noch immer eine ideale Kinderzahl über zwei – also der Schwelle der Generationserneuerung – angeben, liegen die nationalen Durchschnittswerte in Österreich und in Deutschland klar unter diesem Niveau. Frauen der jüngeren Jahrgänge (im Alter von 20 bis 34 Jahren) wünschen sich hier durchschnittlich sogar nur 1,7 Kinder.

Abbildung 1 stellt für alle 15 EU-Mitgliedsländer des Jahres 2001 die durchschnittliche persönliche Idealkinderzahl pro Familie dar, aufgeschlüsselt nach Alter. Zu sehen ist, dass der von jüngeren Frauen in fast ganz Europa angegebene Wert niedriger ist als der von älteren Frauen (Länder, die unterhalb der Diagonalen liegen). Es ist anzunehmen, dass die als persönlich ideal angesehene Kinderzahl im Lauf des Lebens nicht systematisch steigt. Daher kann daraus geschlossen werden, dass der Kinderwunsch in den vergangenen Jahren abgenommen hat, d.h. dass Frauen der jüngeren Jahrgänge ein niedrigeres Ideal haben.

Die persönliche ideale Kinderzahl pro Familie beträgt in Ostdeutschland im Mittel 1,6 sowie 1,7 in Österreich und Westdeutschland. Kein anderes europäisches Land hat einen Durchschnittswert unter zwei, selbst andere Länder mit niedrigen Geburtenraten, etwa Italien, Spanien und Griechenland.

Auf der Suche nach Gründen für den geringen Kinderwunsch von Frauen in Österreich und Deutschland fällt auf, dass dies die Länder sind, die als erste in Europa in den 70er-Jahren einen Rückgang der Geburtenraten unter die Schwelle der Generationserneuerung erlebten.

Abbildung 2 veranschaulicht, wann die jährlichen Geburtenzahlen in den Ländern mit derzeit sehr niedriger Fertilität (unter 1,5 Kinder pro Frau) zu sinken begonnen haben. Zu sehen ist, dass niedrige Periodenfertilität seit längstem in Deutschland zu verzeichnen ist. In Österreich setzte diese Entwicklung nur wenig später ein. In Italien fielen die Geburtenraten etwa ein Jahrzehnt später als in Deutschland, unter 1,5. Spanien und Griechenland folgten in den 80er-Jahren.

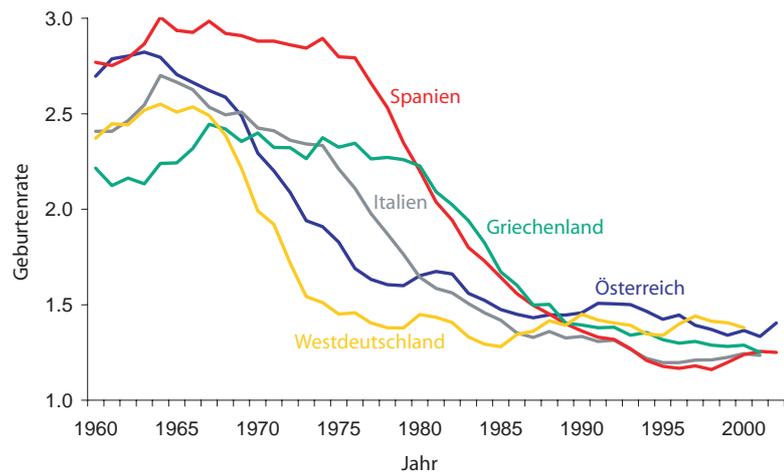


Abb. 2: Entwicklung der jährlichen Geburtenraten in Niedrigfertilitätsländern.

Da der Einbruch der Geburtenraten in den deutschsprachigen Ländern schon etwa 30 Jahre zurückliegt, haben jüngere Menschen in Deutschland und Österreich ihr ganzes Leben im Kontext niedriger Geburtenzahlen verbracht. Junge Österreicher und Deutsche wurden bereits in einem Umfeld kleinerer Familien und höherer Kinderlosigkeit sozialisiert als andere Europäer. Es ist daher als plausibel anzunehmen, dass sich der Wandel in der tatsächlichen Kinderzahl auf die Ideale der nächsten Generation auswirkt: von der erlebten Realität zur Norm. Damit wäre die gesunkene Wunschkindzahl in den beiden Ländern eine natürliche Konsequenz aus vielen Jahren mit real niedrigen Geburtenraten.

Außerdem ist zu beobachten, dass sich im deutschsprachigen Raum eine Kultur der niedrigen Fertilität entwickelt. Der Wandel in der tatsächlichen Kinderzahl hielt nicht an, wenn er nicht mit entsprechenden kulturellen Veränderungen einherginge. Als Beispiel seien Fernsehserien über Großfamilien genannt. Diese spielen im deutschen und österreichischen Fernsehen beinahe keine bedeutende Rolle mehr, im Unterschied zum Beispiel zu Italien. Dies wäre ein möglicher Ansatzpunkt für Studien über den Einfluss von Kultur und Medien auf den Wandel bzw. den Bestand von reproduktiven Normen.

Auch andere Studien belegen, dass die Bedeutung von Familie und Kinderwunsch in den jüngsten Jahrgängen grundsätzlich abgenommen hat. So meinten noch 1995 in Jugendumfragen in Österreich 50 Prozent der befragten Männer und Frauen im Alter von 16 bis 24 Jahren, dass es für Paare sehr wichtig sei, Kinder zu haben. Im Jahr 2000 halbierte sich dieser Prozentsatz nahezu auf insgesamt rund ein Viertel.

Das Eurobarometer zeigt, dass Frauen in allen Ländern Europas im Durchschnitt 0,2 bis 0,4 Kinder weniger (realistisch betrachtet) erwarten als sie persönlich ideal finden. Liegt die Realisierung auch in Zukunft niedriger als das Ideal, lässt dies den Schluss zu, dass das sinkende Ideal tendenziell noch zu weiter sinkenden Geburtenraten führen wird.

Weitergedacht könnte dies sogar zu einer negativen Spirale führen: niedrige Geburtenraten bewirken mit Zeitverzögerung niedrigere Ideale, ein Sinken der Ideale führt zu noch niedrigeren Geburtenraten. Auch eine Politik, die eine Erhöhung der Geburtenraten bzw. eine Verringerung der Diskrepanz zwischen höherem Kinderwunsch und Wirklichkeit unterstützen möchte, bleibt wirkungslos, wenn der Kinderwunsch selbst weg bricht.

Im europäischen Kontext kann wohl davon ausgegangen werden, dass Österreich und Deutschland lediglich die ersten Länder mit einer solchen Entwicklung sind. Erweist sich die hier aufgestellte Hypothese als richtig, so werden auch andere Länder, die den Übergang zu sehr niedrigen Geburtenraten etwas später erlebten, wie Italien und Spanien, in absehbarer Zukunft einen ähnlichen Wandel der Normen erleben.

Wolfgang Lutz und Nadja Milewski

Dieser Artikel basiert auf:
Goldstein, J., W. Lutz and M.R. Testa: The emergence of sub-replacement family size ideals in Europe. Vienna Institute of Demography, Vienna 2003, 27 p. (European Demographic Research Papers ;2). http://www.oeaw.ac.at/vid/publications/EDRP_No2.pdf. [Publiziert in: Population Research and Policy Review 22(2003)5-6: 479-496.]

➔ Weitere Literatur:

Experiment Jung-sein: die Wertewelt österreichischer Jugendlicher, C. Friesl (Hg.). Czernin, Wien 2001, 256 S.

Bongaarts, J.: Fertility and reproductive preferences in post-transitional societies. Population and Development Review 27(2001): 260-281, Suppl.: Global fertility transition. <http://links.jstor.org/sici?sici=0098-7921%282001%2927%3C260%3AFARPIP%3E2.0.CO%3B2-B>.

Einfluss auf die Bevölkerungsalterung im Mittelpunkt

Wie sich die Politik in Deutschland mit dem demografischen Wandel auseinander setzt

Die deutsche Bevölkerung altert und wird schrumpfen. Politische Entscheidungsträger stehen vor dem Dilemma, dass dieser Trend ein langfristig angelegtes Handeln erfordert, das aber im schnelllebigen politischen Prozess kaum Platz finden kann. Deshalb konzentriert sich die Diskussion derzeit auf die mittelfristige Beeinflussung der Bevölkerungsalterung durch höhere Geburtenraten oder Zuwanderung, obwohl die Trägheit demografischer Prozesse solch eine Strategie kaum umsetzbar erscheinen lässt.

Der Bevölkerungswandel stellt Entscheidungsträger vor eine anspruchsvolle Aufgabe: Da er sich auf nahezu alle Politikfelder auswirkt, greifen singuläre Politikansätze zu kurz. Daher müssen verschiedene Konzepte miteinander verbunden werden.

Welche Optionen sind denkbar, um auf den demografischen Wandel zu reagieren? Es könnte versucht werden, die fehlende Zahl Neugeborener durch eine Steigerung der Geburtenrate oder gezielte Einwanderungspolitik auszugleichen. Die Beeinflussung demografischer Trends birgt aber Probleme: Eine höhere Kinderzahl oder mehr Zuwanderer allein bewirken keine wesentliche Veränderung (vgl. Lutz/Scherbov in: Demografische Forschung Aus Erster Hand 1/2004: 3). Die Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz im Vermittlungsausschuss des Bundestags zeigten, wie umstritten die Ausweitung von Immigration in Deutschland ist. Zudem scheint es, dass die Geburtenrate über punktuelle Anreize, etwa eine Erhöhung des Kindergeldes, kaum nachhaltig beeinflusst werden kann. Die künftige Entwicklung der Fertilität ist somit fast nicht planbar und als verlässliches Konzept für die Alterung der deutschen Gesellschaft nur schwer vorstellbar.

Die nicht aufzuhaltende Bevölkerungsalterung erfordert, dass Konzepte für eine gealterte Gesellschaft in mehreren Politikfeldern gleichzeitig entwickelt werden. Exemplarisch soll auf die Bereiche Arbeit und Wohnen eingegangen werden.

Arbeit hat in westlichen Gesellschaften einen hohen Stellenwert. Soziale Rollen werden nach der Teilhabe am Erwerbsleben vergeben. Man unterscheidet Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, letztere nach Erwerbslosen, Rentnern und Hausfrauen bzw. Hausmännern. Der klassische Lebenslauf gliedert sich in die am Arbeitsleben orientierten Phasen Lernen, Arbeiten und Ruhestand. Alter wird so zum sozialen Konstrukt: Alt ist nicht, wer viele Jahre gelebt hat, sondern wer gemäß einer sozialen Norm eine Funktion nicht mehr ausübt. Der Strukturwandel in einer alternden Gesellschaft stellt traditionelle Rollen in Frage, da sie Senioren in der Gesellschaft keinen „sinnvollen“ Platz im Sinne einer Nutzung ihrer Kompetenzen und Leistungsbereit-

schaft geben. Neue Konzepte sind nötig, falls man Ältere stärker in Erwerbsarbeit einbinden möchte.

Auch das Wohnumfeld, also die Ausstattung, Gestaltung und Lage des Zuhauses, hat eine zentrale Bedeutung für die Lebensqualität. Vor allem bei Senioren kann eine altersgerechte Wohnform dazu beitragen, unveränderbare Einbußen und Verluste körperlicher und geistiger Art zu bewältigen. Die Qualität des Wohnens entscheidet maßgeblich darüber, inwieweit trotz gesundheitlicher oder anderer

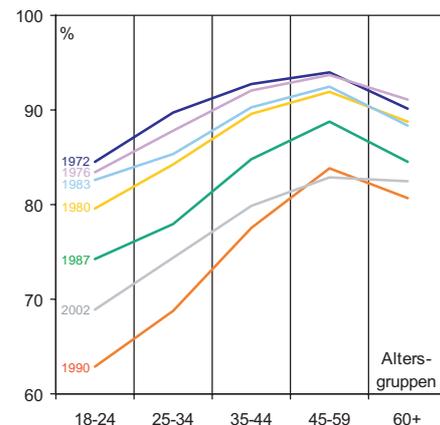


Abb. 1: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Alter

Einschränkungen (etwa Einsamkeit) ein eigenständiges Leben möglich ist. Vor allem bei leichter Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit erweist sich das altersgerechte Wohnumfeld als hilfreich für die erfolgreiche Verarbeitung einer schwierigen Lebenslage.

Jedoch hinkt die bauliche Entwicklung der Nachfrage hinterher. Der Zweite Altenbericht, der 1998 für die Bundesregierung erstellt wurde und sich explizit mit dem Thema altersgerechtes Wohnen beschäftigt, beinhaltet 92 Empfehlungen. Geraten wird unter anderem, neue generationenübergreifende Wohnformen zu entwickeln, in denen ältere Menschen sozial integriert ihren Platz finden sollen.

Der demografische Wandel ist aber nicht nur für Politikinhalt, sondern auch für den künftigen politischen Prozess bedeutend: Noch schneller als die Gesamtbevölkerung altert die Wahlbevölkerung. So wird im Jahr 2050 die Hälfte der Wählerschaft über 56 Jahre alt und damit nahe des heute faktischen Renteneintrittsalters sein. Gleichzeitig haben bisher ältere Bürger ihr Wahlrecht stets häufiger wahrgenommen als jüngere (siehe Abbildung). Sollte dieser Trend anhalten, werden jüngere Altersgruppen künftig noch deutlicher unterrepräsentiert sein. Zudem könnten Politiker vor dem Problem stehen, dass Reformen – etwa bei Sozialversicherungen – nicht mehr umzusetzen sind, wenn diese die Mehrheit der Wahlbevölkerung teils empfindlich treffen.

Wie geht nun die deutsche Politik mit dem demografischen Wandel um? Der Bundestag zeigte 1992 durch die Einsetzung einer Enquete-Kommission, dass er dem Thema eine gewisse Bedeutung bei-

maß, die Agenden der politischen Parteien aber blieben zunächst unberührt davon. Zum Teil erklärt sich dieses Zögern durch eine Befangenheit, die aus der Bevölkerungspolitik in der nationalsozialistischen Zeit resultiert. Jedoch hat der gestiegene Problemdruck in den Sozialversicherungssystemen, welcher paradoxerweise (noch) nicht durch den demografischen Wandel, sondern hauptsächlich durch Steuerausfälle aufgrund hoher Arbeitslosigkeit verursacht wird, die politischen Akteure dazu gebracht, die Bevölkerungsalterung stärker zu thematisieren. Zudem konzentriert sich die Politikplanung auf Familienpolitik – und dies mit einem überraschenden Paradigmenwechsel: Obwohl ein gezielter Einfluss auf die Geburtenentwicklung lange als Tabu galt, wird jetzt die Erhöhung der Geburtenrate zum Ziel der Familienpolitik erhoben. Auch die Zuwanderungsdiskussion wird unter dem Blickwinkel der Bevölkerungsalterung geführt.

Gleichzeitig tritt das Szenario einer gealterten Bevölkerung in den Hintergrund; folglich werden kaum Anstrengungen unternommen, etwa die Verteilung von Arbeit neu zu organisieren und resistent gegenüber Bevölkerungsentwicklungen zu gestalten. Somit wird eine Politik bevorzugt, die die Alterung vernachlässigt und auf Konzepte setzt, welche – wenn überhaupt – erst viel später wirken.

Was könnte der Grund für die Prioritätensetzung sein? Da die Wählerschaft vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten relativ schnelle Erfolge erwartet, werden langfristige Themen nachrangig. Die moderne Politik ist so schnelllebig, dass nur derjenige, der sich flexibel auf aktuelle Situationen einstellt, erfolgreich und gestalterisch tätig sein kann. Ein Thema wie der demografische Wandel ist zu sperrig, um sich in dieses System problemlos einfügen zu lassen. Dennoch bedient sich die Politik unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit längerfristiger Trends, um für die Gegenwart notwendige und bereits beabsichtigte Politiken zu rechtfertigen. Das Beispiel der Bevölkerungsalterung, die als Begründung für eine ohnehin per Verfassungsauftrag gebotene Familienförderung herangezogen wird, zeigt dies.

Harald Wilkoszewski

Literatur:

Wilkoszewski, H.: Die verdrängte Generation: politische Parteien und die alternde Gesellschaft in Deutschland. Tectum, Marburg 2003, 196 S.

Vaupel, J.W.: Deutschlands größte Herausforderung: wider die demographische Ignoranz; unsere Lebensläufe und die unserer Kinder werden sich ändern, weil das Leben länger dauern wird. Frankfurter Allgemeine Zeitung (08.04.2004)84: 41.

Nicht nur das siebte Jahr hat's in sich

Drei von vier Ehepaaren in Deutschland und Österreich können 15. Hochzeitstag feiern

Mehr als jedes vierte Ehepaar in Deutschland und Österreich trennt sich vor dem 15. Hochzeitstag. Zusammen mit Schweden liegen diese beiden Länder an der Spitze der Trennungstatistik in Westeuropa.

Steigende Trennungsraten finden viel öffentliche Aufmerksamkeit. In der Diskussion darüber ist es unerlässlich, die tatsächlichen Entwicklungen zu kennen. Hierzu wertet Gunnar Andersson in seiner Studie „Dissolution of unions in Europe: a comparative overview“ Daten aus, die Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre erhoben wurden.

Abbildung 1 stellt den Anteil der Trennungen nach Ehejahren in ausgewählten Ländern dar. Spitzenreiter in der Europäischen Union (EU-15) waren dato Deutschland, Schweden und Österreich. Bis zum „verflixten 7. Jahr“ gingen bereits 14 bis 17 Prozent der Ehen in diesen Ländern auseinander. Verglichen mit den USA waren die Scheidungsraten in europäischen Ländern dennoch niedrig: 29 Prozent der US-amerikanischen Ehepaare trennten sich innerhalb der ersten sieben Jahre.

Schaut man sich alle Lebensgemeinschaften (mit und ohne Trauschein) an (siehe Abbildung 2), zeigen sich die höchsten Trennungsraten für die Länder, in denen die höchsten Scheidungsrisiken beobachtet werden. Erneut fällt auf, dass Ost- und Westdeutschland sowie Österreich etwa vergleichbare Werte aufweisen. Vergleicht man das Trennungsrisiko danach, ob das Paar sein Zusammenleben mit oder ohne

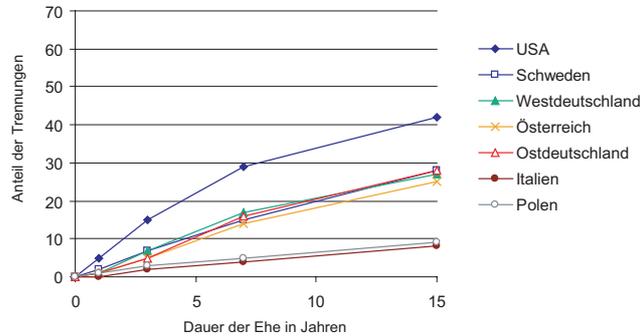


Abb. 1: Kumulierte Anteile an Trennungen nach Dauer der Ehe.

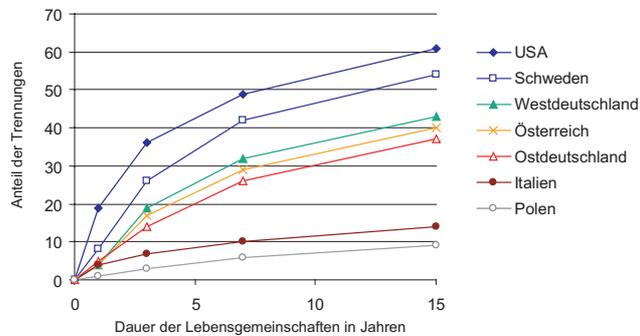


Abb. 2: Kumulierte Anteile an Trennungen nach Dauer der Lebensgemeinschaft: Eheliche und nichteheliche Partnerschaften.

Heirat begonnen hat, erweisen sich direkte Heiraten als deutlich stabiler. Dies trifft in allen untersuchten Ländern zu. In Deutschland und Österreich ist die Trennungsbereitschaft von Paaren, die ohne Trauschein zusammengezogen sind (unabhängig davon, ob sie später noch heirateten), doppelt so hoch wie die von Paaren, die beim Zusammenziehen gleich heirateten. So fanden sich von den Direktheiratern nach sieben Jahren noch etwa 85 Prozent zusammen. Hingegen erreichten das siebte Jahr im gemeinsamen Haushalt von den Paaren, die nicht sofort oder gar nicht heirateten, nur reichlich 60 Prozent.

Ein unverheiratetes Zusammenleben vor einer möglichen Hochzeit, das oft als „Ehe auf Probe“ angesehen wird, verhilft der Partnerschaft also nicht zu (mehr) Stabilität. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass das unverheiratete Zusammenleben gewählt wird, weil es dem Paar leichter erscheint, im Zweifel die Verbindung zu lösen. Jedoch sinkt die Trennungsbereitschaft eines Paares, wenn es ein Kind hat (dies ist in allen Ländern der Fall).

Für die beiden Teile Deutschlands weisen die empirischen Befunde darauf hin, dass Trennungen von Paaren in Ostdeutschland bis Ende der 80er-Jahre etwa genauso häufig vorkamen wie in Westdeutschland. Diese Ähnlichkeit ist beachtenswert, da sich der allgemeine Kontext für das Familienleben in der DDR deutlich von dem in der Bundesrepublik

unterschied. Zudem vermitteln andere Indikatoren für das Trennungsverhalten von Paaren, etwa die rohe Scheidungsziffer, den Eindruck, dass die Scheidungsraten in der DDR deutlich höher waren als die im Westen. Die neuen Berechnungen deuten darauf hin, dass rohe Kennziffern das Verhalten der Bevölkerung verzerrt darstellen. Dies liegt unter anderem daran, dass rohe Maßzahlen nicht die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Familienstand berücksichtigen.

Insgesamt zeigen sich in Europa vielfältige Trennungsmuster. In Ländern, in denen nichteheliche Lebensgemeinschaften relativ häufig verbreitet sind, ist auch das Trennungsrisiko höher als in Ländern mit weniger nichtehelichen Gemeinschaften. Gründe für die Unterschiede zu finden ist Herausforderung für die Forschung. Gedacht sei

an einen Wandel der Werte, der unter anderem aus einer geringen Rolle der religiösen Einflüsse resultiert. Gleichzeitig erhöht sich mit dem Streben nach Individualisierung und Selbstverwirklichung der Anspruch auf eine Partnerschaft von guter Qualität. Ist diese nicht gewährleistet, kann eine Trennung bzw. sogar ein Single-Dasein einer relativ unglücklichen Partnerschaft vorgezogen werden. Nicht zuletzt haben gesetzliche Rahmenbedingungen bzw. deren Änderungen Einfluss auf Trennungsmöglichkeiten und -verhalten von Ehepaaren.

Gunnar Andersson und Nadja Milewski

Literatur:

Andersson, G: Dissolution of unions in Europe: a comparative overview [Trennung von Paaren in Europa: ein vergleichender Überblick]. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27(2002)4: 493-504.

Andersson, G. and D. Philipov: Life-table representations of family dynamics in Sweden, Hungary and 14 other FFS countries: a project of descriptions of demographic behavior. Demographic Research 7(2002)4: 67-144. <http://www.demographic-research.org/Volumes/Vol7/4>.

IMPRESSUM

Herausgeber: Jan M. Hoem und James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien
ISSN: 1613-5822
Verantwortlicher Redakteur: Jan M. Hoem (V.i.S.d.P.)
Redaktionsleitung: Nadja Milewski
Layout: Silvia Leek
Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock
Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland
Telefon: (+49) 381/2081-132 · **Telefax:** (+49) 381/2081-432
E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org
Web: www.demografische-forschung.org
Erscheinungsweise: viermal jährlich
 Das Herausbergremium zieht gern von außen eingereichtes Material in Betracht. Beiträge sollten in leicht verständlichem Stil verfasst sein. Forschungsergebnisse sollten durch Grafiken veranschaulicht werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt.
 Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.